

s.C.41.780.19.0. - KI/bo

Bern, den 7. Februar 1975

Notiz an den Departementschef

Delegation des Bundesrates
für Energiefragen:
Direktiven für die Sitzung
des Verwaltungsrates der
IEA vom 5.-7. Februar

An ihrer Sitzung vom 4. Februar 1975 befasste sich die Delegation (Herren Ritschard, Brugger und Hürlimann) mit den Problemkreisen Sparförderung, Förderung alternativer Energiequellen und Forschung und Entwicklung im Bereich der Energie.

1. Sparförderunga) Problematik:

Die Notwendigkeit des Energiesparens ist heute allgemein anerkannt. Die Motivation ist unterschiedlich. So wollen die Amerikaner dank einer kleineren Nachfrage die Erdölpreise drücken. Die europäischen Staaten wollen in erster Linie ihre Zahlungsbilanzdefizite verringern. Innerhalb der IEA soll ein umfassendes Sparziel gesetzt werden, von dem für 1976/77 für die Mitgliedsländer konkrete Teilziele abgeleitet werden. Die einzelnen Länder sollen nationale Sparprogramme erlassen, die soweit als möglich zu koordinieren sind. In der Schweiz ist grundsätzlich in der Bevölkerung und in der Wirtschaft die Bereitschaft für Sparmassnahmen vorhanden. Es fehlen aber zum Teil die Rechtsgrundlagen, die noch ergänzt werden müssten. In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage nach der "self executing" - Wirkung des Bundesbeschlusses über den Beitritt zum IEP. Die Justizabteilung vertritt diesbezüglich die Meinung, dass bei allen Punkten, die aus dem Vertrag "abgeleitet"

sind, neue Rechtsgrundlagen geschaffen werden müssten, sofern solche nicht bereits vorhanden sind. Die Sparförderung wird an der äusseren Front, d.h. innerhalb der IEA, vorangetrieben. Jetzt sollte auch die intensive Tätigkeit an der innern Front, also im schweizerischen Rahmen, einsetzen.

b) Beschluss der Delegation

Die Delegation ermächtigt die Schweizer Vertreter, an der Verwaltungsratsitzung die grundsätzliche schweizerische Bereitschaft bekanntzugeben, ein nationales Sparprogramm auszuarbeiten.

2. Förderung alternativer Energiequellen

a) Problematik

Um die Abhängigkeit der Mitgliedländer der IEA von Importöl zu verringern, wird eine möglichst intensive Förderung alternativer Energiequellen angestrebt. Dazu sind Massnahmen auf zwei Ebenen vorgesehen. Die eine Massnahme betrifft die Festlegung einer minimalen Preisgrenze für Erdöl. Diese ist erforderlich, um für die Investitionen für Alternativenenergien eine gewisse Sicherheit zu bieten, denn wenn eine solche Grenze nicht bestünde, könnten die ölproduzierenden Staaten den Erdölpreis vorübergehend reduzieren und dadurch die Investitionen für die teurere Alternativenenergie gefährden. Die zweite Massnahme sieht eine Beteiligung an Vorhaben zur Förderung alternativer Energien vor, wobei Nutzen und Kosten zwischen mehreren Partnern geteilt würden.

b) Beschluss der Delegation

Die Delegation ist mit dem Grundsatz der Förderung alternativer Energiequellen einverstanden. Die Schweizer Vertreter können in Paris eine entsprechende Erklärung abgeben.

3. Forschung und Entwicklung im Bereich der Energie

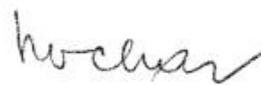
a) Problematik

In der IEA wird zunächst ein Ueberblick über den Stand der Technik und die möglichen Aussichten in neun verschiedenen Bereichen erstellt. Ausser bei der Kohlen- und der Wasserstofftechnologie ist die Mitwirkung der Schweiz in allen Bereichen vorgesehen. Die Arbeiten sind so organisiert, dass die Leitung für jeden Bereich entweder einem Forschungsinstitut in einem Land oder einer internationalen Organisation übertragen wird. In der Schweiz stehen für die Teilnahme zwei Wege offen: der Nationalfonds und die Atomgesetzgebung (Reaktorforschung). Einzelne Aktionen werden in der Durchführungsphase allerdings sehr kostspielig sein.

b) Beschluss der Delegation

Grundsätzliches Einverständnis. Die Schweizer Vertreter können die grundsätzliche Zustimmung unseres Landes zum Forschungs- und Entwicklungsprogramm bekanntgeben.

Finanz- und Wirtschaftsdienst
p.o.


(Rochat)